FH-SF-01-033

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum:	22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 33 bis 41:

~~In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei muss auch als Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein. Die Einsparungen der vergangenen Jahre waren ein schwerer Fehler. Wir wollen eine motivierte, vielfältige, personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete Polizei. Sowohl in der Kriminalitätsbekämpfung als auch im Kampf gegen Rechtsextremismus oder den islamistischen Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeame~~Für eine rechtsstaatliche Sicherheitspolitik bedarf es einer Polizei, die in der Gesellschaft anerkannt ist. Der Personalabbau in den vergangenen Jahren war ein schwerer Fehler, der inzwischen vielfach korrigiert wird.

Wir stehen für das Konzept einer bürger*innennahen, motivierten und personell sowie materiell gut ausgestatteten Polizeiarbeit. Sie soll auch ein attraktiver Arbeitgeber sein. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Der Informationsaustausch zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden muss auf klaren rechtsstaatlichen Prinzipien beruhen. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeamte mit Migrationshintergrund und Kenntnis mehrerer Sprachen sind ein Gewinn für den Rechtsstaat und

Begründung

Wir wollen darstellen, welche Ziele wir verfolgen und wie wir diese erreichen wollen. Die Grundgedanken des Absatzes werden beibehalten und umfassender formuliert. Insbesondere fehlte eine Bezugnahme auf den europäischen Informationsaustausch zwischen Sicherheitsbehörden, der vielfach nicht rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht und einer parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen ist.